

Opposition in Birma fordert internationale Beobachter bei Referendum

PR-Inside_10 april 2008

Die birmanische Opposition hat für das von der Militärregierung angesetzte Referendum über eine neue Verfassung internationale Wahlbeobachter gefordert. Die Abstimmung im Mai finde in einem Klima der Einschüchterung und ohne Meinungsfreiheit statt, erklärte die Partei der unter Hausarrest stehenden Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die Nationale Liga für Demokratie (NLD), am Donnerstag. Die Junta solle internationale Beobachter, darunter auch Vertreter der Vereinten Nationen, zulassen.

Die NLD erklärte, dass die Regierung ohne jede Begrenzung für den von ihr unterstützten Verfassungsentwurf werben könne, die Opposition dürfe sich jedoch nicht öffentlich äußern.

Am 10. Mai soll ein Referendum über den 194 Seiten starken Verfassungsentwurf abgehalten werden. Die Junta sieht darin einen Schritt auf dem Weg zur Demokratie, die Opposition hingegen spricht von einer Farce, da die Verfassung nur die Herrschaft der Militärs zementieren solle. Der Text wurde von einer von den Generälen handverlesenen Gruppe geschrieben.

54 illegale Arbeiter aus Birma in Kühlcontainer erstickt

DW-Welle_10 april 2008

Die Suche nach Jobs endete für sie tödlich: 54 illegale Arbeiter aus Birma sind in einem Container in Thailand erstickt. Wegen der unerträglichen Zustände in der Diktatur haben bereits Zehntausende das Land verlassen.

Mindestens 54 birmanische Wanderarbeiter – 37 Männer und 17 Frauen – sind am Donnerstag (10.4.2008) bei dem Versuch, in einem Kühlcontainer illegal nach Thailand zu gelangen, qualvoll erstickt. Insgesamt hätten sich 121 Menschen in dem nur zwölf Quadratmeter großen Container befunden, teilte die thailändische Polizei in der Grenzprovinz Ranong mit. 21 Birmaner wurden wegen Sauerstoff- und Wassermangels in ein Krankenhaus gebracht.

Das Lüftungssystem in dem für Fisch und Meeresfrüchte vorgesehenen Kühlcontainer sei defekt gewesen. Überlebende berichteten, sie hätten in Todesangst an die Wände geschlagen, um den Fahrer auf sich aufmerksam zu machen. Doch habe er die Hilferufe einfach ignoriert. Nach dem Öffnen des Containers sei er dann geflüchtet.

Arbeitssuche auf Phuket

Die Birmaner wollten als Tagelöhner auf der Ferieninsel Phuket arbeiten. In Thailand sind rund 540.000 Wanderarbeiter registriert, die Mehrzahl von ihnen stammt nach Regierungsangaben aus Birma. Menschenrechtsorganisationen vermuten jedoch, dass sich noch mindestens eine Million nicht registrierter Birmaner in dem Nachbarstaat aufhält.

In Thailand werden die illegalen Arbeiter oft unter unmenschlichen Bedingungen auf Fischkuttern, Plantagen oder in der Bauindustrie eingesetzt. Doch können sie hier immer noch mehr verdienen als in ihrem Heimatland selbst.

Verarmung durch galoppierende Inflation

Die seit 1962 in Birma herrschende Militärjunta hat das Land verarmen lassen. Seit Jahren ist Myanmar – wie der Staat offiziell heißt – von einer starken Inflation betroffen. Zuletzt betrug die Rate jedes Jahr mehr als 45 Prozent. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ausgaben für Militär, Polizei und Geheimdienste seit Jahren über 50 Prozent des Staatsbudgets ausmachen.

Am Mittwoch hatte das Militärregime in Birma den 10. Mai als Termin für das umstrittene Verfassungsreferendum festgesetzt. Mit der neuen Verfassung wollen sich Staatschef Than

Shwe und seine Generalskollegen einen weitreichenden Einfluss auch auf künftige Regierungen sichern.

Freie Wahlen versprochen

Zwar haben sie für 2010 freie Wahlen versprochen. Doch sollen nach den neuen Bestimmungen 25 Prozent der Parlamentssitze wie auch mehrere Schlüsselposten in der Regierung für die Militärs reserviert bleiben.

Die Oppositionspartei von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi hat die Bevölkerung in Birma aufgefordert, gegen die Verfassung zu stimmen. Suu Kyi selbst wäre es künftig per Verfassung verboten, ein politisches Amt anzutreten - weil sie mit einem Ausländer verheiratet war.

Birmas Opposition lehnt neue Verfassung ab

Reuters_2 April 2008

Birmas größte Oppositionspartei NLD lehnt die von der Militärjunta vorgelegte neue Verfassung ab.

NLD-Sprecher Nyan Win rief die Bevölkerung am Dienstag in einem Gespräch mit Reuters dazu auf, die Verfassung in der für Mai geplanten Volksabstimmung abzulehnen. Die seit 1962 mit eiserner Hand in dem asiatischen Land regierenden Militärs haben angekündigt, mit dem neuen Grundgesetz und einem "Fahrplan zur Demokratie" Birma zu einer zivilen Regierung zu verhelfen.

Viele Oppositionelle und westliche Länder haben den Verfassungsentwurf und den "Fahrplan zur Demokratie" zurückgewiesen. In beiden sehen sie einen Versuch des Militärs, an der Macht zu bleiben.

Mann in Birma muss wegen Demonstration lebenslang hinter Gitter

AFP_4 April 2008

Mann in Birma muss wegen Demonstration lebenslang hinter Gitter Ohn Than protestierte allein vor US-Botschaft in Rangun

In Birma muss ein Demonstrant lebenslang hinter Gitter, weil er im vergangenen Jahr gegen die Militärregierung des Landes auf die Straße ging. Der rund 60 Jahre alte Ohn Than habe im August 2007 alleine und lautlos mit Protestschildern vor der US-Botschaft in Rangun für die Einberufung eines Parlaments und die Eindämmung der Inflation demonstriert, sagte sein Anwalt Aung Thein am Freitag der Nachrichtenagentur AFP. Am Mittwoch sei er dafür von einem Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Der Verteidiger bezeichnete die Strafe als unverhältnismäßig. Er werde Einspruch einlegen.

Haftbedingungen für Oppositionelle in Birma kritisiert

AFP_25 März 2008

Sieben Monate nach ihrer Inhaftierung geht es mehreren birmanischen Oppositionellen nach Angaben eines Aktivisten immer schlechter. Der Gesundheitszustand von führenden Aktivisten wie Min Ko Naing und Ko Ko Gyi habe sich aufgrund der Haftbedingungen verschlechtert, sagte Studentenanführer Tun Myint Aung. "Einige von ihnen sind in einem schlechten Zustand, weil sie die meiste Zeit in ihren Zellen gehalten werden, so dass ihre Beine zu schwach zum Laufen werden", sagte Myint Aung. "Letzten Monat durften sie noch nicht einmal ein Bad nehmen. Sie dürfen weder laufen noch Übungen machen."

Min Ko Naing und Ko Ko Gyi hatten im August 2007 kleinere Proteste gegen eine überraschende Benzinpreiserhöhung in Birma angeführt. Nach ihrer Festnahme übernahmen buddhistische Mönche im September die Spitze der Demonstrationen gegen die birmanische Junta, es kam zu Massenbewegungen. Bei der Niederschlagung der Proteste wurden nach Angaben der Vereinten Nationen mindestens 31 Menschen getötet und hunderte Oppositionelle festgenommen. Hunderte Menschen sollen weiterhin in Haft sein. Laut einem UN-Menschenrechtsbericht von diesem Monat hat

die Militärführung ihr Vorgehen gegen Dissidenten verschärft und weitere Gegner festnehmen lassen. Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi steht seit Jahren unter Hausarrest.